



Stadt Halle (Saale)

29.01.2018

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.1 Festlegung zur Förderung des Ausbaus einer Badminton-, einer Kletterhalle, eines Sanitärbereiches sowie des Multifunktions- und Kursbereiches im Sportparadies Böllberger Weg 185
Vorlage: VI/2017/03273**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich der Bestätigung des Antrages auf Entlastung des kommunalen Eigenanteils vorbehaltlich des Abschlusses einer Spendenvereinbarung für den verbleibenden städtischen Eigenanteil, vorbehaltlich der Bestätigung der Städtebaufördermittel in Höhe von 2.003.616,00 € Gesamtwertumfang und vorbehaltlich eines bestandskräftigen Bescheides des Landesverwaltungsamtes über die Anerkennung der förderfähigen Kosten, für die o.g. Maßnahme eine anteilige Förderung in Höhe von maximal 2.003.616,00 € zu gewähren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Bestätigung des Antrages auf Entlastung des kommunalen Eigenanteils vorbehaltlich des Abschlusses einer Spendenvereinbarung für den verbleibenden städtischen Eigenanteil, vorbehaltlich der Bestätigung der Städtebaufördermittel in Höhe von 2.003.616,00 € Gesamtwertumfang und vorbehaltlich eines bestandskräftigen Bescheides des Landesverwaltungsamtes über die Anerkennung der förderfähigen Kosten, für die o.g. Maßnahme eine entsprechende Fördervereinbarung in Höhe der förderfähigen Kosten, jedoch begrenzt auf maximal 2.003.616,00 € abzuschließen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.2 Antragstellung Städtebauförderung - Programmjahr 2018
Vorlage: VI/2017/03157**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt mit Änderung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1-11 benannten Vorhaben mit Programmjahr 2018 in der Städtebauförderung zu beantragen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

zu 4.2.1 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage – Antragstellung Städtebauförderung – Programmjahr 2018 – Vorlagen-Nr.: VI/2017/03157 – Vorlage: VI/2017/03402**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt nach Änderung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt für die anliegenden Investitionen in der Bugenhagenstraße Förderanträge in das Programmjahr 2018 aufzunehmen und zwar für die Vorhaben der

- Bau- und Wohnungsgenossenschaft Halle-Merseburg e. G. und
- Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale.

Die Aufnahme der zusätzlichen Förderanträge erfolgt **vorbehaltlich**

- **der Erweiterung der Fördergebiete in der südlichen Innenstadt** durch den Beschluss des fraktionsübergreifenden Antrags mit der Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03349:**
„Änderungsantrag der Fraktionen CDU/FDP, DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage – Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) – Vorlagen-Nr.: VI/2017/03185“

sowie vorbehaltlich

- ~~der Finanzierung durch Dritte.~~
- der Finanzierung des kommunalen Eigenanteils durch Dritte.

Die

- Anlage Nr. 8:
„Maßnahmen-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan bis PJ 2018, HHJ 2022“
- Förderprogramm: Stadtumbau – Aufwertung
- Fördergebiet: Südliche Innenstadt

ist um die Anträge für die genannten Investitionen zu ergänzen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.3 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Montag Stiftung Urbane Räume gAG, der Urbane Nachbarschaft Freimfelde gGmbH und der Stadt Halle (Saale) für das Quartier Freimfelde
Vorlage: VI/2017/03154**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Kooperationsvereinbarung und beauftragt die Verwaltung, diese abzuschließen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 185 „Östliches Königsviertel“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03267

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 185 „östliches Königsviertel“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen mit einer Größe von etwa 3,6 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.
4. Die in der Sachdarstellung und Begründung unter Punkt 3 genannten sowie in der Anlage 1 dargestellten Planungsziele stellen gleichzeitig die Präzisierung der Sanierungsziele der Sanierungssatzung Nr. 2 „Altindustriestandorte Merseburger Straße mit dem Gründerzeitviertel Südliche Vorstadt“ dar und sind auf genehmigungspflichtige Vorhaben nach §144, §145 Baugesetzbuch auch während der Planaufstellung anzuwenden.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

zu 4.4.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 185 "Östliches Königsviertel" - Aufstellungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: VI/2017/03267)
Vorlage: VI/2017/03404**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt 3 wird ergänzt:

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele **mit folgender Ergänzung: Ein weiteres Ziel ist die Schaffung von qualitätsvollen öffentlichen Grün- und Spielflächen im Bereich des ehemaligen RFT-Geländes bzw. nördlich der Rudolf-Breitscheid-Straße.**

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.5 Bebauungsplan 182 „Sondergebiet Klinik Bergmannstrost“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03121**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 182 „Sondergebiet Klinik Bergmannstrost“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 7,9 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 144 " Wohngebiet an der Bugenhagenstraße" -
 Beschluss zur öffentlichen Auslegung
 Vorlage: VI/2017/02922**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 144 „Wohngebiet an der Bugenhagenstraße“ (Aufstellungsbeschluss vom 24.03.2010, Beschluss-Nr. V/2010/08575).
2. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich wird verkleinert und umfasst künftig eine Fläche von ca. 2,76 ha.
3. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 144 „Wohngebiet an der Bugenhagenstraße“ in der Fassung vom 31.07.2017 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
4. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 144 „Wohngebiet an der Bugenhagenstraße“ in der Fassung vom 31.07.2017 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

zu 4.7 **Bebauungsplan Nr. 32.6 Heide-Süd - Abwägungsbeschluss**
Vorlage: VI/2016/02629

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 32.6 Heide-Süd wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, die in ihrer Stellungnahme abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht hat, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

zu 4.10 Bebauungsplan Nr. 1 Gewerbegebiet Neustadt, 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03141

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 1 Gewerbegebiet Neustadt, 2. Änderung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 01.06.2017 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 01.06.2017 wird gebilligt.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 3. Halbsatz BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.11 Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03137**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ vom 16.06.2017 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.12 Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03138**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“, bestehend aus dem Rechtsplan (Teil A), den textlichen Festsetzungen (Teil B) und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Teil C) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 21. Juni 2017 als Satzung.

2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 21.06.2017 wird gebilligt.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.14 Bebauungsplan Nr. 163 „Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße“ -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03127**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 163 „Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße“, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 27.03.2017 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 27.03.2017 wird gebilligt.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.15 Bebauungsplan Nr. 173 „Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf“ - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/02906**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 173 „Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.16 Bebauungsplan Nr. 173 „Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf“ - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/02907**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 173 „Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf“, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 08. Juni 2017 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 08. Juni 2017 wird gebilligt.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.17 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 „Nahversorgungszentrum Ammendorf – Merseburger Straße“ – Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03171**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 „Nahversorgungszentrum Ammendorf – Merseburger Straße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 „Nahversorgungszentrum Ammendorf – Merseburger Straße“ – Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2017/03172**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 112.1 „Nahversorgungszentrum Ammendorf – Merseburger Straße“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 19.07.2017 als Satzung. Der Vorhaben- und Erschließungsplan ist Bestandteil der Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 09.08.2017 wird gebilligt.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.19 Neubau Zwischenendstelle Neustadt Schwimmhalle – Variantenbeschluss
Vorlage: VI/2017/03130**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.
2. Die Maßnahmeträgerin des Stadtbahnprogrammes Halle wird beauftragt, auf dieser Basis gemeinsam mit der Stadt Halle und dem Fördermittelgeber ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.21 Baubeschluss „Umgestaltung Postvorplatz“
Vorlage: VI/2017/03216**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die Umgestaltung des Postvorplatzes.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

zu **Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS
4.21.1 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Baubeschluss Umgestaltung
Postvorplatz" (VI/2017/03216)
Vorlage: VI/2017/03408**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird auf Seite 5, Absatz 1 wie folgt geändert:

„In Ost-West-Richtung wird eine direkte Verbindung vom Hansering zur Wilhelm-Külz-Straße unmittelbar am Gebäude entlang **hergestellt. In diesem Zusammenhang wird die vorhandene Treppe zur Wilhelm-Külz-Straße breiter und großzügiger konzipiert beibehalten.** Die Wegeflächen werden mit gesägtem, grauem Granitkleinsteinpflaster im quadratischen Format 10 x 10 cm befestigt. Der Platz wird zukünftig durch ein Großplattenband mit begleitendem Mosaikpflasterstreifen gesäumt, was für die Gehwegbereiche der Altstadt prägend ist. Dieser äußere Rahmen wird über das Stadtbahnprojekt Große Steinstraße hergestellt.“

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

zu 4.22 Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Halle (Saale) – Szenarien zur künftigen Ausgestaltung des städtischen ÖPNV Vorlage: VI/2017/03188

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die verschiedenen Szenarien zur künftigen Ausgestaltung des Straßenbahn- und Stadtbusverkehrs in Halle (Saale) samt Investitions- und Betriebskosten werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das favorisierte Szenario V mit einem Zuwachs des Betriebskostenzuschusses (inkl. städtischer Teil) um mindestens rd. 12 % in konkreter Form in den Festsetzungen und der Finanzierungsplanung des Nahverkehrsplans abzubilden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Investitionskosten von mindestens rd. 10,5 Mio. € und die zusätzlichen Betriebskosten bei HAVAG und Stadt von mindestens rd. 2,7 Mio. € p.a. mit dem Entwurf des neuen Nahverkehrsplans einen Finanzierungsplan vorzulegen, der in den Haushaltsplan 2019 einschließlich der dazugehörigen mittelfristigen Finanzplanung eingestellt werden soll.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

**zu 4.23 Festlegung zur Förderung der „Sanierung der Hochhausscheibe C, inklusive des behindertengerechten Ausbaus von 308 Wohneinheiten, Neustädter Passage 10“
Vorlage: VI/2017/03260**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich der Bestätigung des Antrages auf Entlastung des kommunalen Eigenanteils, vorbehaltlich des Abschlusses einer Spendenvereinbarung für den verbleibenden städtischen Eigenanteil, für die o.g. Maßnahme eine anteilige Förderung in Höhe von maximal 3.697.500,00 € (davon 2.175.000,00 € für die Sanierung auf Grundlage der Kostenerstattungsbetragsberechnung und 1.522.500,00 € für den behindertengerechten/rollstuhlgerechten Ausbau von 308 Wohneinheiten, entsprechend DIN 18040 Teil 2) zu gewähren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Vorlage des Bewilligungsbescheides über eine Zuwendung aus dem Förderprogramm zur „Vergabe von Zuwendungen für Modellvorhaben zum nachhaltigen und bezahlbaren Bau von Variowohnungen“ (zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens), vorbehaltlich der Bestätigung des Antrages auf Entlastung des kommunalen Eigenanteils, vorbehaltlich des Abschlusses einer Spendenvereinbarung für den städtischen Eigenanteil und vorbehaltlich der Bereitstellung des verbleibenden Eigenanteils durch den Eigentümer, eine entsprechende Fördervereinbarung in Höhe der förderfähigen Kosten, jedoch begrenzt auf maximal 3.697.500,00 € (davon 2.175.000,00 € für die Sanierung auf Grundlage der Kostenerstattungsbetragsberechnung und 1.522.500,00 € für den behindertengerechten/rollstuhlgerechten Ausbau von 308 Wohneinheiten, entsprechend DIN 18040 Teil 2) zu gewähren.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 12.09.2017:

zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Wegfall von Parkflächen Vorlage: VI/2017/03043

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Bei allen relevanten Beschlussvorlagen der Stadtverwaltung den öffentlichen Straßenraum betreffend, sind die etwaige Reduzierung von Parkflächen für den MIV zu beziffern und zu begründen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Datenerhebung über Parkflächen in der Innenstadt zu erstellen, in welcher der Bestand vor und nach Baumaßnahmen rückwirkend zum 01.01.2015 erfasst ist. Diese Datenerhebung ist dem Stadtrat bis August 2017 als Informationsvorlage zur Kenntnis zu geben.

F.d.R.

Sarah Lange
stellv. Protokollführerin